

Globalisierungskritik neu denken

Aktualisiertes Positionspapier von Attac Deutschland

Stand: 15.05.2023

inklusive eingefügter Änderungen in Einleitung und Kapitel 4 aus Anträgen des FRS (im Fließtext fett) sowie der im Rahmen des Konsensverfahrens überarbeiteten Kapitel 2 und 3

~~Aktualisiertes Positionspapier von Attac Deutschland~~

~~Stand: 04.04.2023 inklusive übernommene Änderungen aus FRS-Anträgen~~

Inhaltsverzeichnis

Prolog.....	2
Globalisierung heute.....	3
Alles wird zur Ware.....	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen.....	4
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu.....	4
Die Gewalt der Globalisierung.....	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten	5
Die Krise der neoliberalen Globalisierung.....	6
Abkehr vom Neoliberalismus?.....	6
Eine andere Globalisierung ist möglich	6
Themenfelder.....	7
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino schließen!	7
1.1. Was ist das Problem?.....	7
1.2. Was will Attac?.....	8
1.3. Wie erreichen wir das?.....	8
Finanzmärkte regulieren.....	8
Kredite für soziale und ökologische Projekte.....	9
Schulden streichen.....	9
International handeln.....	9
2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal	9
2.1. Was ist das Problem?.....	9
2.2. Was will Attac?.....	11
2.3. Wie erreichen wir das?.....	11
3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken.....	12
3.1. Was ist das Problem?.....	12
3.2. Was will Attac?.....	12
3.3. Wie erreichen wir das?.....	13
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben.....	13
Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden	13
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten.....	13
Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren.....	13
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst.....	14
Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern.....	14

4. Krieg und Militarisierung.....	14
4.1. Was ist das Problem?.....	14
4.2. Was will Attac?.....	15
4.3. Wie erreichen wir das?.....	15
Zivile Konfliktlösung.....	15
Globalisierung entmilitarisieren	15
Globale Abrüstung.....	16
5. Soziale Sicherheit für alle.....	16
5.1. Was ist das Problem?.....	16
5.2. Was will Attac?.....	17
5.3. Wie erreichen wir es?.....	17
Solidarische Bürgerversicherung.....	17
Soziale Grundsicherung.....	17
Solidarische Städte.....	18
6. Flucht/Migration.....	18
6.1. Was ist das Problem?.....	18
6.1. Was will Attac?.....	19
6.3. Wie erreichen wir das?.....	19
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	19
7.1. Was ist das Problem?.....	19
7.2. Was will Attac?.....	20
7.3. Wie erreichen wir das?.....	20
Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik.....	20
Anders wirtschaften und konsumieren.....	20
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.....	20
Klimafreundliche Mobilität für alle.....	21
8. Demokratie.....	21
8.1. Was ist das Problem?.....	21
8.2. Was will Attac?.....	22
8.3. Wie erreichen wir das?.....	22
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus.....	23
9.1. Was ist das Problem?.....	23
9.2. Was will Attac?.....	23
9.3. Wie erreichen wir das?.....	24
Epilog.....	24
Eine andere Welt ist nötig und möglich.....	24

10 Prolog

11 Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten Krise. Ob
12 drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale
13 Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien,
14 kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene - wir leben in Zeiten
15 großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten
16 zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am
17 wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz
18 bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.

19 Wir sind mit dem Resultat einer profitgetriebenen Globalisierung konfrontiert, die die Zerstörung
20 der Welt billigend in Kauf nimmt.

21 Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem Guten Leben für Alle streben, die der
22 neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren

23 Ausdruck in solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen Vernetzung sozialer
24 Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für gerechten Welthandel und
25 für Ernährungssouveränität, Menschenrechtsaktivist*innen, queer-feministischen Bewegungen und
26 vielen anderen. Gemeinsam sind wir widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts-
27 und Lebensweisen konkrete Alternativen entgegen.

28

29 **Globalisierung heute**

30 Die Welt ist heute global vernetzt: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist
31 weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und
32 gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die bisherige
33 Globalisierung geschieht auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten. Produktions- und
34 Lieferketten werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in Würde zu
35 ermöglichen. Raubbau zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich
36 das Gefühl der Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

37 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen
38 Ländern zu einer immer schwindelerregenderen, obszönen Ungleichheit
39 geführt. Extreme Armut, Hunger und vermeidbare Krankheiten sind immer
40 noch weit verbreitet. Die bisherige Globalisierung basiert auch auf der Ungleichheit der
41 Geschlechter. Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich dominierter
42 Gesellschaften zurück, die FLINTA*s weiterhin benachteiligen und diskriminieren. Die
43 Globalisierung verbreitet Naturzerstörung über den gesamten Planeten und ignoriert gleichzeitig die
44 ökologischen Folgen des Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf einer begrenzten Erde
45 schlicht nicht möglich ist. Wirtschaftskrisen, Kriege und Naturkatastrophen häufen sich. Die
46 Globalisierung ist in einer vielfachen Krise.

47 ***Alles wird zur Ware***

48 Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante
49 Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte
50 treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Staaten versuchen in der globalen Konkurrenz ihre
51 Macht auszuweiten, um die Interessen „ihrer“ Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen
52 ihre Marktmacht zu sichern und zu erweitern. Staaten machen die Steigerung der Profite zu ihrem
53 ureigensten Anliegen: Löhne werden gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche
54 Dienstleistungen privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und, z.B. mittels Freihandelsabkommen, offene
55 Märkte hergestellt.

56 Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die
57 Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto
58 besser funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine Wohlstand. Es sollen nicht nur
59 Konsumgüter auf Märkten gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht die
60 Umwelt zu zerstören und vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie
61 ermöglicht Kommunikation in Echtzeit und eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu
62 beigetragen, dass sich eine Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die
63 Kommunikations- und Vertriebsplattformen verfügen immer besser in der Lage sind, ihre
64 wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

65 Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen.
66 Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während
67 **nur kleine** Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. Ausgaben- und
68 Leistungskürzungen des Staates bedeuten z.B., dass für viele Betreuungs- und
69 Gesundheitsdienstleistungen oder Bildungsangebote selbst bezahlt werden müssen. Nur Reiche
70 können sich einen armen Staat leisten. FLINTA*s sind von den staatlichen Ausgabenkürzungen
71 mehr betroffen als Männer, da die traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge
72 und Pflege vornehmlich von ihnen geleistet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass **weiblich**
73 **gelesene Personen** durch unbezahlte Arbeit fehlende öffentliche Dienstleistungen ersetzen.
74 Diese neoliberale Politik wird als alternativlos dargestellt. Der Markt diktiert der Politik ihr
75 Handeln – in demokratischen und in autoritären Staaten. Märkte sind die zentralen
76 gesellschaftlichen Räume, in denen sich die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde
77 soll einbezogen werden, keine Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben:
78 Die ganze Welt soll zur Ware werden – bis hin zum Körper beispielsweise über die Ausdehnung von
79 Sextourismus, Frauenhandel und Leihmutterchaft.

80 ***Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn*** 81 ***einzelne Staaten den Aufstieg schaffen***

82 Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale
83 Globalisierung fortgesetzt. Daran hat auch der Aufstieg Chinas zu einem zentralen ökonomischen
84 Akteur nichts Wesentliches geändert. China reiht sich ein in die Reihe mächtiger kapitalistischen
85 Staaten, die andere Gesellschaften ausbeuten. Das neoliberale Freihandels- und
86 Investitionsschutzregime hat koloniale Abhängigkeiten in postkoloniale transferiert. Den meisten
87 Staaten des Globalen Südens wurde diese Wirtschaftsweise aufgezwungen. Von dem Internationalen
88 Währungsfonds und der Weltbank im Rahmen der Schuldenkrise, über die WTO (World Trade
89 Organisation), die z.B. die Freigabe von Patenten verhindert, und über bilaterale **Handels- und**
90 **Investitionsschutzabkommen**. Profitinteressen werden auf Kosten von Demokratie,
91 Umwelt und Menschenrechten durchgesetzt. Westliche Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und
92 Umweltauflagen in Asien und anderen Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne ihnen
93 dabei nachgefolgt. Die Länder des Globalen Südens sind in die Lieferketten integriert als
94 Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

95 Mächtige Staaten wie die USA und China sichern den Prozess der Durchsetzung des globalen
96 Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organisationen und Verträge, aber
97 auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkurrieren sie um die
98 Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche Ressourcen. Die
99 EU, Russland, Indien und auch die anderen BRICS-Staaten versuchen, **einen möglichst**
100 **großen Teil des Kuchens für sich zu sichern**.

101 Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre
102 Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für „ihre“ Unternehmen zu
103 verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein. Dabei
104 handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine Konkurrenz im
105 System globaler Kapitalismus.

106 Den Ländern des Globalen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die politischen
107 Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten, zumal vielen
108 **dieser** Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte aufgezwungen wurde,

109 während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen entspricht. In vielen
110 Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass Menschen zu Flucht und
111 Migration gezwungen sind.

112 **Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu**
113 Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt
114 diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen.
115 Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberale **Lüge** herausgestellt.
116 Menschen werden in soziale Verhältnisse hinein geboren und verfügen damit über unterschiedliche
117 Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine
118 Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie
119 der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, die Menschen nicht. Viele
120 sehen sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als
121 Care-Arbeiterinnen in den Städten des Globalen Nordens. Besonders für FLINTA*s gehen die
122 gewonnenen Freiheiten mit neuen wirtschaftlichen Abhängigkeiten einher.

123 Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um
124 Anlagemöglichkeiten für die immer riesigeren Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise
125 wurde eine gigantische Umverteilung von den öffentlichen Haushalten, also den
126 Steuerzahler*innen, aber auch jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, **zu**
127 **Finanzunternehmen** und ihren superreichen Nutznießer*innen betrieben.

128 **Die Gewalt der Globalisierung**

129 Gerade für die Länder des Globalen Südens bedeutet die Globalisierung Gewalt. Den
130 aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF und Weltbank sind, insofern sie
131 regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch den Bildungssystemen
132 vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts des Patentschutzes
133 etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

134 Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor*innen
135 und Unternehmen ist der Alltag in weiten Teilen der Staaten des Globalen Südens geprägt von
136 Landraub, Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener und großflächiger Zerstörung
137 ökologischer Lebensgrundlagen. Dies alles bei Straflosigkeit für darin verwickelte transnationale
138 Konzerne. In **vielen** Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei. Jeglicher Arbeitsschutz wird
139 verweigert. Die Ermordung von Gewerkschafter*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen sind
140 an der Tagesordnung.

141 All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns
142 hier in den Ländern des Globalen Nordens bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaft, unser
143 Leben mit diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben sind. Das ist das Werk der
144 neoliberalen Globalisierung.

145 Geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und die
146 Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, beispielsweise durch das Verbot von Abtreibungen.
147 Extremer Ausdruck patriarchaler Gewalt sind Femizide, **also die Ermordung von**
148 **weiblich gelesenen Personen.**

149 Und wie immer in Krisenzeiten steigt die Zahl der Kriege. Selbst der Einsatz von Atomwaffen wird
150 wieder denkbar.

151 **Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten**
152 **Der Wachstumszwang treibt die Globalisierung an. Der Gewalt gegen**
153 **die Natur und den Planeten sind so immer weniger Grenzen gesetzt.**
154 **Der Welt wird immer mehr eine Warenförmigkeit aufgezwungen.**
155 **Dadurch wird die Ausbeutung der Natur scheinbar legitimiert und ihre**
156 **Zerstörung achselzuckend in Kauf genommen.**

157 Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie
158 ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten
159 Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des
160 kapitalistischen Wachstums werden deutlich und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an
161 der Natur längst in Sichtweite oder schon überschritten.

162 Die daraus resultierende Klimakatastrophe droht unzählige Menschenleben zu fordern. Zudem
163 droht ein gigantisches Artensterben, das für den Menschen ähnlich große Auswirkungen haben
164 kann.

165 **Die Krise der neoliberalen Globalisierung**

166 Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges
167 verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur,
168 von dem andere Staaten abhängig sind, gelungen. Konzerne, die über digitale Kommunikations-
169 und Vertriebsplattformen verfügen haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in
170 den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus hat sich in seiner staatlichen Verfasstheit
171 diversifiziert. Neben neoliberalen, stärker demokratisch verfassten Varianten tritt er auch in Form
172 staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.

173 Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden
174 Finanzkrisen hat die neoliberale Ideologie **weiter** an Glaubwürdigkeit verloren. Von der
175 Klimabewegung und den schieren, klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt
176 inzwischen auch den ewigen Prediger*innen des „Freihandels“ auf, dass ihr neoliberaler
177 Marktradikalismus eine wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die
178 neoliberale Politik nicht nur die Krisen verschärft hat, sondern auch der Gesellschaft den
179 demokratischen Handlungsspielraum nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten
180 von ökonomischen Interessen abgebaut, zum Beispiel **durch Freihandelsabkommen.**

181 Entsprechend gilt auch: Extreme soziale Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung
182 gefördert und hervorgebracht wird, destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle
183 Demokratien heute in einer Krise. Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist
184 gut, wenn es mit der Forderung nach Demokratisierung **und solidarischen Lösungen**
185 verbunden ist, und verheerend, wenn es mit dem Ruf nach autoritären **und rassistischen**
186 Lösungen einhergeht. Rechtspopulistische und rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise,
187 um ihre autoritäre Politik durchzusetzen.

188 **Abkehr vom Neoliberalismus?**

189 Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche
190 Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen
191 abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen an Bedeutung. Die Regierungen sehen
192 sich hierzu gezwungen, um die Folgen abzumildern und auch um soziale Proteste einzuhegen.

193 Bei genauerem Hinsehen ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung **aber** in
194 erster Linie ein Weiter-So: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden weiterhin bei uns und in den
195 Ländern des Globalen Südens ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt.
196 Privatisierungen werden forciert und sogenannte „moderne“ Freihandelsverträge abgeschlossen, die
197 demokratische Kontrollmechanismen **aushebeln**. Staatlich gefördertes grünes Wachstum und
198 marktkonforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien werden als Lösung der
199 Klimakrise propagiert, obwohl längst **klar sein sollte**, dass der profitorientierten
200 Globalisierung planetare Grenzen gesetzt sind, die ein weiteres globales Wachstum untragbar
201 machen.

202 ***Eine andere Globalisierung ist möglich***

203 Eine soziale und ökologische Transformation macht eine Abwicklung der neoliberalen
204 Wirtschaftsordnung nötig. Die Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat ist keine Alternative. Es
205 braucht internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung,
206 Menschenrechtsverletzung und Krieg.

207 Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die
208 bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte
209 Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der
210 Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

211 Menschen streiten mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen gerechten
212 Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen koloniale
213 Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische Unterdrückung.
214 Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle statt Reichtum
215 für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

216 **Themenfelder**

217 **1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino** 218 **schließen!**

219 Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch
220 wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen. Die Regulierung dieser Märkte ist ein zentrales
221 Anliegen von Attac seit seiner Gründung.

222 **1.1. Was ist das Problem?**

223 Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch
224 international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung
225 des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte
226 Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen
227 (Bretton Woods). Ab den 1980er Jahren wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichtumsverteilung
228 das Volumen an anlagesuchendem Kapital. Um es anzulocken, wurde die Kontrolle von
229 grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben und Handelsbeschränkungen
230 für Finanzanlagen abgebaut. Gleichzeitig entstanden immer neue Finanzanlagen. Währungen,
231 Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten- und Sozialversicherungsfonds
232 wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der Spekulation. Die Folge:
233 Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender. Die Auswirkungen der

234 Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen auch die Produktion von
235 Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und verschärfen in den
236 betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

237 Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarktkrise 2007 und Eurokrise 2010 konnten die Profiteur*innen
238 umfassende Regulierungen der Finanzmärkte verhindern. Die Instabilität der globalen
239 Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer Finanzmarktakteur*innen bei,
240 unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“ Kreditvergaben, Investitionen in
241 Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des Banken- und
242 Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur*innen im Rahmen von
243 „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche Ressourcen wie
244 Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der Risikoabsicherung durch
245 staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie öffentliche Dienstleistungen sind
246 in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, den sie nicht ihrer Profitlogik
247 unterwerfen wollen.

248 Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in
249 Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt
250 werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten,
251 Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

252 Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den
253 Interessen der Akteur*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. Insbesondere dominieren große
254 private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds
255 (Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen
256 der Wirtschaft.

257 Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in
258 Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die
259 Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an.

260 Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und
261 bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die
262 verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen einleiten. Inmitten der Krise 2020 – 2022 kürzten
263 fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen Ausgaben im eigenen Land,
264 Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg. Damit wurden die
265 Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch die Folgen der
266 Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen Süden dramatisch.

267 **1.2. Was will Attac?**

268 Geld und Geldderivate müssen den Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden. Geld muss
269 den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als
270 Wertaufbewahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung
271 zu stellen, ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite
272 machen wollen und Krisen produzieren.

273 Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Unregulierte Finanzbereiche,
274 Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

275 Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche
276 Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein und sie dürfen

277 nicht dazu führen, das einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer
278 Gläubiger*innen fallen.

279 | **1.3. Wie erreichen wir dases?**

280 ***Finanzmärkte regulieren***

281 Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer
282 Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot
283 bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Einführung
284 einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des
285 Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem
286 Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung
287 des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft.
288 Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen
289 helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens
290 speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu
291 ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Sustainable Development Goals der Vereinten
292 Nationen umzusetzen.

293 ***Kredite für soziale und ökologische Projekte***

294 Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu
295 fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den
296 ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

297 ***Schulden streichen***

298 Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – das Schuldenmoratorium DSSI und
299 Umschuldungsangebote wie das Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI -
300 haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein internationales,
301 transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten Nationen. Dabei ist
302 darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zu Gute kommen und nicht
303 nur korrupten Eliten dienen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im
304 aktuellen Koalitionsvertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck
305 aufzubauen, um dies wirklich in Angriff zu nehmen.

306 ***International handeln***

307 Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale
308 Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass Freiheit der Investor*innen
309 praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten
310 internationalen Handelns.

311 | **2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal ~~und~~ 312 Menschenrechte**

313 Die neoliberale Globalisierung hat die Welt an ihre ökologischen Grenzen gebracht. Produktion und
314 Transport immer größerer Warenströme, die in immer kleinteiligeren Lieferketten unter Ausnutzen
315 niedrigst möglicher sozialer und ökologischer Standards hergestellt werden, haben die
316 Klimakatastrophe und den Verlust der Artenvielfalt vorangetrieben. Der Gegensatz von Reich und
317 Arm wurde innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten verschärft. Der ökonomische
318 Gegensatz zwischen reichen Industrieländern und rohstoffexportierenden Ländern des globalen

319 | Südens hat sich – mit wenigen Ausnahmen - wieder verstärkt. Ein wichtiger Treiber der
320 | neoliberalen Globalisierung sind multi- und bilaterale Handelsabkommen, die auf völkerrechtlicher
321 | Ebene ein neoliberales Regelwerk etablieren.

322 | Handel wird als Schöpfer von Reichtum und Wohlstand beschworen: Je grenzen- und
323 | hemmungsloser der Handel, desto größer der Reichtum. Die Vollendung des Handels wird darin
324 | gesehen, dass auf den Shetland-Inseln jeder Lammfleisch aus Neuseeland kaufen kann, während vor
325 | den Türen des Supermarktes Schafe grasen. Die permanente Verletzung der Rechte der Menschen-
326 | und der Natur wird für den sogenannten "freien" Handel in Kauf genommen.

327 | Für Attac stehen Menschenrechte nicht der Profit im Mittelpunkt des Wirtschaftens und Handels.

328 | **2.1. Was ist das Problem?**

329 | Das neoliberale Handelssystem setzt auf Zurückdrängen von staatlicher Regulierung, Öffnung
330 | von Märkten, Liberalisierung von Kapitalflüssen und Dienstleistungen; es dynamisiert
331 | Wachstum um jeden Preis und schadet Mensch und Umwelt.

332 | Eine zentrale Rolle bei der weltweiten Durchsetzung dieser Handelsregeln spielt die 1994
333 | gegründete Welthandelsorganisation WTO. Im Interesse einflussreicher Industrienationen und
334 | global agierender Konzerne wurde ein neoliberales Handelsregime institutionalisiert, das für
335 | die Unterzeichnerstaaten völkerrechtliche Geltung hat. Mit ihren drei Kernabkommen GATT,
336 | GATS und TRIPS zielt die WTO im Wesentlichen auf Liberalisierung des Warenhandels durch
337 | Zollsenkungen (GATT), auf Marktöffnung und Liberalisierung auch von öffentlichen
338 | Dienstleistungen (GATS) sowie den Schutz von geistigem Eigentum (TRIPS).

339 | Die Verpflichtung zu Marktzugang und Zollsenkungen beim Handel mit Gütern (GATT)
340 | schränkt insbesondere für arm gemachte Länder die Möglichkeiten ein, ihre Industrie und ihre
341 | Landwirtschaft vor der Konkurrenz globaler Konzerne zu schützen und wirft sie auf die Rolle
342 | von Rohstofflieferanten zurück. GATS (Handel mit Dienstleistungen) engt die staatliche
343 | Handlungsfähigkeit durch Beschränkung auf zulässige innerstaatliche Regulierungen ein. So
344 | dürfen in den liberalisierten Dienstleistungssektoren Gesetze und Verordnungen nur erlassen
345 | werden, wenn sie keine „unnötigen Hemmnisse für den Handel mit
346 | Dienstleistungen darstellen“ (GATS Art. VI, 4). Das heißt, staatliche Regulierungen im
347 | Interesse des Gemeinwohls treten hinter Vermarktungsinteressen zurück. Das TRIPS-
348 | Abkommen wiederum sichert die Profitinteressen von Konzernen, indem es z.B. Patente auf
349 | Medikamente 20 Jahre lang vor billigeren Generika schützt und verhindert, dass Menschen mit
350 | notwendigen Medikamenten versorgt werden.

351 | Ein machtvoll Instrument der WTO ist ihr Streitbeilegungsmechanismus zur Regelung
352 | zwischenstaatlicher Handelskonflikte. Alleinige Entscheidungsgrundlage für die Urteilsbildung
353 | ist das WTO-Handelsrecht. Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen oder Umweltschutz
354 | stellen keine Entscheidungskategorien dar. Im Gegenteil können Nachhaltigkeitsziele ganz im
355 | Interesse von Konzernen als Handelshemmnisse interpretiert werden.

356 | Da die WTO nicht als Organ der Vereinten Nationen gegründet wurde, ist sie auch nicht an
357 | deren multilateralen Arbeits-, Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsabkommen gebunden.

358 | Die EU strebt seit 2006 verstärkt bilaterale Handelsabkommen an und geht damit über die
359 | Liberalisierungsregeln der WTO hinaus. Von besonderer Bedeutung sind die
360 | Freihandelsabkommen der neuen Generation, auch "WTO-plus-Abkommen" genannt. Prototyp
361 | ist das CETA-Abkommen mit Kanada.

362 Abkommen dieses Typs integrieren die WTO-Bestimmungen und fügen weitere Elemente, die
363 die staatliche Regulierungsrechte und parlamentarische Gesetzgebungshoheit einschränken,
364 hinzu:

365 - So sind in diesen Verträgen Ausschusssysteme („Gemischte Ausschüsse“/Joint Committees
366 mit diversen Sonderausschüssen) installiert, die im Interesse des fortlaufenden Abbaus von
367 technischen, sozialen oder ökologischen Handelshemmnissen mit weitreichenden Kompetenzen
368 ausgestattet sind. Zusammengesetzt aus Mitgliedern der EU-Kommission und der Regierung
369 des jeweiligen Vertragslandes können die Ausschüsse bindende Beschlüsse fassen, ohne das
370 EU-Parlament oder die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten beteiligen zu müssen. Ihre
371 Entscheidungsbefugnisse betreffen Fragen von erheblicher Tragweite, etwa zur
372 Vertragsänderung, zur Regulierung des Finanzsektors oder zur Zulassung von Agrochemie.

373 - Ausländischen Investoren resp. transnationalen Konzernen werden Sonderklagerechte gegen
374 Staaten eingeräumt. Im Wege von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) können diese ihre
375 Gaststaaten unter Umgehen von nationalem Recht vor einem sog. Investitionsgerichtssystem
376 (ICS) auf Entschädigungszahlung verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch schärfere
377 Regulierungen beeinträchtigt sehen. (Den umgekehrten Klageweg von Staaten oder Bürgern
378 gegen Konzerne sieht diese Sonderjustiz nicht vor.)

379 - Auch die Liberalisierungspflichten für öffentliche Dienste wie Wasser, Energie, ÖPNV gehen
380 in den EU-Handelsverträgen über das Niveau der WTO hinaus. Mit dem Verbot der
381 Priorisierung lokalen Wirtschaftens oder dem Zugriff auf die öffentliche Beschaffung sind
382 klima- und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten wie die Förderung regionaler
383 Wertschöpfungskreisläufe erheblich beschränkt.

384 Trotz der sich zuspitzenden ökologischen und sozialen Krisen enthält keiner der bislang
385 ausverhandelten oder ratifizierten Freihandelsverträge der EU wirksame Mechanismen zur
386 Durchsetzung von Menschenrechten, Arbeitsnormen oder Klimazielen. Der Handel mit
387 klimaschädlichen Produkten wie fossile Energien oder Autos ist dagegen sanktionsbewehrt
388 durch zwischenstaatliche Streitbeilegungsmechanismen geschützt.

389 Nicht zuletzt fördern besagte Freihandelsabkommen neokolonialen Extraktivismus. Auch
390 „grüner Extraktivismus“ zur Rohstoffbeschaffung für die europäische Energiewende zählt
391 dazu. Neokolonialer Extraktivismus zwingt Länder des globalen Südens in die Position von
392 Rohstofflieferanten, was ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung behindert
393 und mit verheerenden Folgen für die Umwelt, das Klima und Menschenrechte einhergeht.

394 Der globale Handel verspricht Reichtum für viele, schafft aber nur viel Reichtum für wenige-
395 Ohne Rücksicht auf Mensch und Natur „fahren“ auf den Handelsrouten dieser Welt Profite in
396 die immer gleiche Richtung. In der anderen Richtung werden Gerechtigkeit und Schutz der
397 Schwachen stark gebremst unter Missachtung jeglicher Grenzen ökologischer Verträglichkeit-
398 Nach wie vor diktiert die Wachstumsrate mit dem BIP als Maßeinheit das Maß des Wohlstands.

399 Unterstützt und bewirkt wird dies durch ein Handelsregime auf Basis des Abkommens von
400 Marrakesch zur Gründung der WTO am 15. April 1994. Dieses Regime, dem aktuell nur
401 Staaten wie Nordkorea, Eritrea oder Kosovo nicht beigetreten sind, ist bewusst außerhalb der
402 Vereinten Nationen installiert worden.

403 Es ist einseitig auf Handelsliberalisierung ausgerichtet und dadurch, dass die Staaten sich
404 dessen Regeln unterwerfen, mit vergleichsweise mächtigen Durchsetzungsmechanismen

405 | ausgestattet. Es kann in Länder hineinregieren, um Liberalisierungsverpflichtungen Geltung zu
406 | verleihen, von denen insbesondere transnationale Unternehmen (TNCs) profitieren.

407 | Die starke Verbundenheit zu Demokratie und zu fundamentalen Rechten, wie sie in der
408 | Menschenrechtserklärung von 1948 niedergelegt sind, wird zwar stets beteuert, im Streitfall
409 | geraten jedoch Menschenrechte, soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Belange immer
410 | wieder unter die Räder. Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer*innen werden in vielen Fällen
411 | schlichtweg ignoriert.

412 | Handelsverträge — nicht zuletzt die von der EU geschlossenen wie CETA (ohne vollständige
413 | Ratifizierung vorläufig in Kraft gesetzt) — regeln nicht nur die Höhe von Zöllen, sondern sie
414 | legen darüber hinaus systematisch den Vorrang des Marktes fest, so dass politische Gestaltung
415 | höchstens als ausdrückliche „Ausnahme“ möglich ist. Dies gilt im Bereich der zuvor
416 | öffentlichen Dienstleistungen bis hin zur Wasser-, Energie- oder Gesundheitsversorgung, zur
417 | Bildung, zur Mobilität und der Schutzwirkung von Zöllen usw.

418 | Aber auch Vorschriften zum Schutz von Arbeitnehmer*innen entlang der globalen
419 | Wertschöpfungs- und Lieferketten, zum Schutz der Umwelt, zum Erhalt der Biodiversität, zum
420 | Schutz von Verbraucher*innen usw. laufen Gefahr, als Handelshemmnisse eingestuft zu
421 | werden. Sie sind ständig davon bedroht, unter Berufung auf einen Handelsvertrag zu Fall
422 | gebracht zu werden. Dies nicht zuletzt deswegen, weil die WTO-Regeln einen
423 | Streitbeilegungsmechanismus vorschreiben, der Schiedsgerichte außerhalb der ordentlichen
424 | Gerichtsbarkeit vorsieht und installiert.

425 | Schlimmer noch: Dort, wo bestehende Konventionen für alle sichtbar systematisch missachtet
426 | und verletzt oder Umwelt und Habitate irreversibel zerstört werden, gibt es für die Opfer nur
427 | begrenzte bis gar keine Möglichkeiten, die Verursachenden zur Verantwortung zu ziehen.

428 | Auf der anderen Seite wird das „geistige Eigentum“ in Form von Patenten so strikt geschützt,
429 | dass Millionen AIDS- und Corona-Erkrankte im Globalen Süden keine Medikamente oder
430 | Impfungen erhielten und erhalten, während grenzüberschreitenden Investoren durch
431 | Investitionsschutzverträge umgekehrt sogar das Recht zugebilligt wird, unter Berufung auf
432 | negative Folgen eines demokratischen Gesetzes für ihre Investitionen milliardenschwere, aus
433 | Steuermitteln zu bezahlende Schadenersatzzahlungen zu erstreiten.

434 | Der deregulierte „Markt“ setzt der Unternehmenskonzentration bis hin zur Monopolbildung
435 | keine wirksamen Grenzen, Wettbewerb findet auf immer größeren Skalen zwischen immer
436 | machtvolleren Strukturen statt, wer nicht mithält, bleibt auf der Strecke. Die globale
437 | Arbeitsteilung in der industriellen Fertigung hat erhebliche Ausmaße angenommen.
438 | Insbesondere lohnintensive Bereiche wurden und werden in Subunternehmen ausgelagert oder
439 | in Länder mit geringeren bis gänzlich fehlenden arbeitsrechtlichen Standards verlegt.
440 | Nebeneffekt dieser Atomisierung der Arbeitsprozesse ist, dass nahezu kein Unternehmen mehr
441 | in der Lage ist, sämtliche Komponenten eines Produktes selbst herzustellen. Gewollt oder
442 | ungewollt fehlende oder verknappte Komponenten können ganze Industrien lahmlegen und
443 | damit zum Hebel geopolitischer Auseinandersetzungen werden. Die Auswirkungen eines
444 | aktuell sich abzeichnenden "roll back" bei den globalen Lieferketten sind noch nicht
445 | abzusehen.

446 | 2.2. Was will Attac?

447 Attac fordert eine Kehrtwende in der Handelspolitik und setzt sich ein für eine gerechte,
448 ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung mit gleichberechtigter internationaler
449 Zusammenarbeit und demokratischen Wirtschaftsstrukturen. Diese räumt den Interessen von
450 Menschen und Gemeinschaften, den universellen und unteilbaren Menschenrechten, einer
451 sozial gerechten Verteilung der Wertschöpfung, guten Arbeitsbedingungen und der Bewahrung
452 der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor Profitinteressen ein.

453 - Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Pariser Klimaübereinkommen, die
454 Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die UN-Nachhaltigkeitsziele
455 (Sustainable Development Goals, SDGs) müssen verbindliche und sanktionierbare Vorgaben
456 der internationalen Handelspolitik sein. Entsprechend muss die WTO perspektivisch aufgelöst
457 werden. Die internationalen Handelsregeln sind auf UN-Ebene auszuhandeln und zu
458 beschließen.

459 - Handelsabkommen, die staatliche Regulierungsrechte gegenüber der Wirtschaft beschränken
460 und die Gesetzgebungshoheit von Parlamenten aushebeln, dürfen nicht mehr abgeschlossen
461 werden. Bestehende Verträge dieser Art sind neu zu verhandeln oder zu kündigen.
462 Sonderklagerechte für Konzerne und ausländische Investoren gegen Staaten müssen
463 abgeschafft werden.

464 - Die Ausweitung des Welthandels mit energieintensiven Transportwegen ist zurückzufahren.
465 Regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu stärken.

466 Die fatalen Folgen des global geltenden Handelsregimes bleiben selbst hartnäckigsten
467 Befürwortenden nicht mehr verborgen. Selbst dem EU-Parlament sind sie inzwischen bekannt,
468 nicht zuletzt aufgrund der Arbeit der „unbefristeten zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe“
469 (OEIGWG):

470 Zurückgehend auf eine Initiative von Ecuador 2014 im Rahmen der UNO hat sich eine weltweite
471 Allianz (Treaty Alliance) gebildet, die eine Umwandlung der freiwilligen Leitlinien der UNO
472 (United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights; UNGPs) in einen
473 völkerrechtlich verbindlichen Vertrag ("Binding Treaty") fordert.

474 Wir begrüßen, dass Deutschland und andere Staaten auf zivilgesellschaftlichen Druck hin
475 inzwischen „Lieferkettengesetze“ verabschiedet haben, die die Menschenrechte in jenen
476 Lieferketten besser schützen sollen. Die EU muss hier durch eine deutlich ambitioniertere Richtlinie
477 weiter vorangehen und auch die Wertschöpfungsketten in ihre Regulierungen einbeziehen.

478 **2.3. Wie erreichen wir das?**

479 - Wir kämpfen für die Abwehr neoliberaler Freihandelsabkommen der EU und suchen das Bündnis
480 mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der Klimabewegung und Gewerkschaften.

481 - Wir setzen uns ein für einen verbindlichen UN-Vertrag für menschenrechtliche Pflichten von
482 Unternehmen (Binding Treaty) und fordern die Bundesregierung auf, aktiv für ein offizielles EU-
483 Verhandlungsmandat zu einem verbindlichen UN-Abkommen einzutreten.

484 - Zugleich engagieren wir uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, das Unternehmen dazu
485 verpflichtet, Menschen, Klima und Umwelt entlang ihrer gesamten Lieferkette zu schützen.

486 Wir fordern die deutsche Regierung und die EU auf, sich der "Treaty Alliance" anzuschließen.
487 Inzwischen ist offensichtlich, dass ein vollkommen deregulierter Markt Probleme nicht löst,

488 | ~~sondern verursacht. Deshalb muss ein "Binding Treaty" für eine menschenrechtliche Regulierung~~
489 | ~~der globalen Wirtschaft implementiert werden.~~

490 | ~~All jene Bestimmungen der WTO-Verträge sowie der bilateralen Handels- und~~
491 | ~~Investitionsverträge — nicht zuletzt die der EU —, die dem Primat der Menschenwürde~~
492 | ~~widersprechen und damit gegen das verpflichtende Völkerrecht verstoßen, müssen auf den~~
493 | ~~Prüfstand gestellt werden. Die Nachhaltigkeitsziele der UNO (SDGs) sind als starke Prinzipien~~
494 | ~~bei Streitigkeiten zu berücksichtigen. Den Streitbeilegungsmechanismus über undemokratische~~
495 | ~~Schiedsgerichte lehnen wir ab.~~

496 | **3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken**

497 | "Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich
498 | einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein
499 | gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen
500 | zugängliche öffentliche Infrastruktur.

501 | **3.1. Was ist das Problem?**

502 | Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung
503 | öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden
504 | teilweise zu Spottpreisen an Investor*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser und
505 | Verkehrsunternehmen. Die Bahn wurde inklusive und Schienennetz in ein privatrechtliches. Auch vor
506 | den Sozialversicherungs Unternehmungssystemen in öffentlicher Hand umgewandelt gemacht.
507 | Bei sogenannten Public-Private-Partnerships geht es, bei denen die öffentliche Hand in
508 | unterschiedlichen Formen langfristige wirtschaftliche Beziehungen mit Privat- und Private-
509 | gemeinsame Unternehmen ein, um öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann in Form
510 | betreiben oder Beteiligung von privaten Unternehmen an sich die öffentlichen Unternehmen sein, in
511 | Form von langfristigen Verträgen, bei denen Private öffentliche Gebäude oder
512 | Infrastruktur errichten Unternehmen und diese an staatliche Einrichtungen, um Dienstleistungen
513 | „vermieten“ oder in Form von einer kompletten Übertragung öffentlicher Aufgaben an Private.
514 | PPPs können als Teilprivatisierung gesehen werden zu erbringen, sind aber vor allem deshalb
515 | problematisch, weil sie als Formen der Privaten langfristige Profite bei der Erstellung von
516 | öffentlichen Dienstleistungen auf Kosten der Bürger*innen garantieren. zu sehen.

517 | Auch vor den Sozialversicherungssystemen hat der Privatisierungswahn nicht Halt gemacht. In
518 | manchen Ländern wurden sie komplett privatisiert. In Deutschland wurden Elemente
519 | kapitalgedeckter Systeme in das umlagefinanzierte System eingefügt.

520 | Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der
521 | Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich
522 | ging es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende, Versicherung zu schaffen, um Renditen zu
523 | erwirtschaften. Politisch verkauft wurden die Privatisierungen, Banken sowie Pensions- mit dem
524 | Versprechen, die Dienstleistungen würden billiger und besser werden. Stattdessen kam es in ihrer
525 | Folge oft zu Verteuerungen und Staatfonds zu schalen Leistungsabbau. Gelohnt haben sich die
526 | Privatisierungen vor allem für diejenigen, die ihr Kapital in den privatisierten Unternehmen
527 | angelegt haben. Aus ehemals öffentlichen, die guttlichen Monopolen sind private entstanden, mit denen
528 | sich sicher Gewinn erzielen lässt. Investitionsschutzabkommen und abgesicherte Renditen
529 | garantieren. Freihandelsverträge ebenso wie der Vertrag von Lissabon und EU-Richtlinien sichern
530 | die Profite von Privatisierungsgewinnern und erschweren Vergesellschaftung.

531 Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden
532 billiger und besser werden. Eine weitere Begründung war der Abbau der Staatsverschuldung und
533 eine Verringerung der Schuldenlast für die öffentliche Hand. Statt zu besseren und billigeren
534 Dienstleistungen kam es oft zu Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich
535 Privatisierungen vor allem für Kapitalanleger*innen. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind
536 private entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt.

537 Neoliberale Freihandelsabkommen, die EU-Verträge und WTO-Regeln haben durch
538 Liberalisierungsverpflichtungen Privatisierungen befördert und erschweren Privatisierungen
539 rückgängig zu machen. Investitionsschutzabkommen wiederum sichern durch Sonderklagerechte
540 für Konzerne diese Gewinne ab und erschweren oder verhindern Vergesellschaftungen.

541 **3.2. Was will Attacwäre besser?**

542 Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Dazu gehören mindestens
543 Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Bereiche des
544 Wohnungsmarktes sowie digitale Infrastruktur. Nur so kann die Grundversorgung und Teilhabe für
545 alle gesichert werden. Eine Profitorientierung hat hier nichts verloren, weil sie dazu führt, dass
546 notwendige Leistung vorenthalten oder schlecht erbracht werden oder die Infrastruktur nicht
547 hinreichend instandgehalten wird.

548 DarüGrundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, digitale Teilhabe,
549 Verkehr, Energie- und Wasserversorgung gehören in die öffentliche Hand und dürfen nicht dazu
550 genutzt werden, Profite zu erzielen. Darüber kann hinaus kann die Vergesellschaftung von
551 Unternehmen ein wesentliches Element bei der sozial-ökologischen Transformation seder
552 Gesellschaft sein. Öffentliche Unternehmen müssen dabeir stärker als in der Vergangenheit
553 demokratisch gestaltet seiwerden. Es reicht nicht aus, wenn politische Mandatsträger*innen in den
554 Aufsichtsräten sitzen. Diejenigen, die von ihren Dienstleistungen abhängig sind, also Mieter*innen
555 bei Wohnungsunternehmen, Stromabnehmer*innen, und Umwelt- und Sozialverbände bei den
556 Stadtwerken und Patient*innen im Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiheiden können
557 wie die Beschäftigten. Dafür umüssen u an die jeweiligen Betriebszwecke angepasste u Gremien
558 geschaffen werden, in denen alle Beteiligten gleichberechtigt die strategischen Entscheidungen für
559 das Unternehmen treffen und keine der Gruppen andere übergehen kannHein die Mehrheit hat. Die
560 UnternehmeOrganisationen sollten nicht pin demPrivatrechtlich or unterliegenden Formen wie AG
561 oder GmbH organisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form, u wie beispielsweise alsder
562 Anstalt des öffentlichen uRechts. Ihr gemeinwohlorientierter Unternehmenszweck muss gesichert
563 sein und sie müssen dauerhaft um sie vor Privatisierung gezuschützt sein. en-

564 **3.3. Wie erreichen wir daes?**

565 **Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und** 566 **Wohnungsunternehmen vorantreiben**

567 An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf
568 der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der Wasserversorgung,
569 verhindert oder rückgängig gemacht werden. In, und inzwischen werden sogar Stadtwerke
570 rekommunalisiert und neue öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Dies ist eine
571 erfreuliche Entwicklung, die aber bei weitem nicht ausreicht: Die rekommunalisierten Unternehmen
572 müssen auch demokratisiert und annach sozialen und ökologischen Prinzipien ausgerichtet geföhrt
573 werden.

574 **Ökonomisierung im Gesundheitswesen beendenzurückdrängen**
575 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem durchin Form der Fallpauschalen,
576 Zuzahlungen un-und dieer Privatisierung von Kliniken muss umgehend zurückgedrängig gemacht
577 werden. Art und Umfang einer medizinischenr Behandlung darfmuss sich ausschließlichin erster
578 Linie am Bedarf orientieren und nicht an Kostden oder ProfitmöglichkeitenKosten. Notwendige
579 Kosten der Gesundheitsversorgung müssen öffentlich finanziert werden. Mit der
580 Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt werden, p-Privatisierte Krankenhäuser müssen
581 wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

582 **Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten**
583 Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und
584 Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb
585 mussoH Bildung - im Wesentlichen öffentlich organisiert und finanziell wie personell gut
586 ausgestattet -werden-und allen unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen zur Verfügung
587 stehen.

588 **Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren**
589 Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene
590 Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut, günstig und barrierefrei zu benutzen ist. Dies kann eine
591 privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss,
592 nicht leisten. Ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche
593 Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt-
594 und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen
595 Entscheidungen beteiligt werden.

596 **Investitionsschutzabkommen und Handelsabkommen, die Vergesellschaftung**
597 **verhindern oder Marktöffnungen erzwingen, abschaffen**
598 Viele Handelsabkommen enthalten Regelungen, um Marktöffnungen und Privatisierungen zu
599 erzwingen. Sie müssen aufgekündigt werden. Ein wesentlicher Bestandteil vieler
600 Investitionsschutzabkommen ist es, die Vergesellschaftung von Unternehmen oder
601 Infrastruktureinrichtungen zu verhindern. Damit untergraben sie das demokratische Recht von
602 lokalen Gemeinschaften und Staaten, selbst über die Form zu bestimmen, in der überlebenswichtige
603 Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen organisiert
604 werden. Attac setzt sich für die Abschaffung solcher Investitionsschutzabkommen ein.

605 **Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst**
606 Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten
607 brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um gutqualitativ hochwertige
608 Dienstleistungen erbringen zu können.

609 **Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen**
610 **erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern**
611 Viele Freihandelsabkommen enthalten Regelungen, die durch Liberalisierungsverpflichtungen
612 Marktöffnungen erzwingen und Privatisierungen Vorschub leisten. Deutschland bzw. die EU
613 müssen solche Abkommen verlassen oder sie kündigen. Investitionsschutzabkommen, die
614 Sonderklagerechte für Konzerne vorsehen (ISDS oder ICS), verhindern unter anderem auch die
615 Vergesellschaftung von Unternehmen oder Infrastruktureinrichtungen. Damit untergraben sie das
616 Recht von lokalen Gemeinschaften und Staaten, demokratisch über die Form zu bestimmen, in der

617 überlebenswichtige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das
618 Gesundheitswesen organisiert werden.

619 **4. Krieg und Militarisierung**

620 Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter
621 Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen
622 nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von
623 Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und
624 Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

625 **4.1. Was ist das Problem?**

626 Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und
627 Verletzten an den Fronten. Sie richtet sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen
628 Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und
629 Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle Rollenmuster gewinnen an Bedeutung, die Rechte
630 von FLINTA*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen müssen fliehen
631 und werden ausgegrenzt. **[Viele Menschen sind durch den Krieg entsetzt und möchten für ein**
632 **schnelles Ende]** Die Gewalt und das Unrecht von Krieg finden in der **Öffentlichkeit** meist
633 wenig Aufmerksamkeit und erscheinen weit weg. **Ist Krieg präsent, wird er**
634 **normalisiert. Vergangene Kriege werden schnell verdrängt wie in**
635 **Afghanistan, Jugoslawien oder Irak.** Die lange Fortdauer über Jahre, die
636 Entmenschlichung und das Ausmaß der Verbrechen gerät aus dem Blick. Der russische Angriff auf
637 die Ukraine hat den Krieg bis in die unmittelbare Nähe Deutschlands rücken lassen.

638 Innerstaatliche Konflikte haben massiv zugenommen – oft als Spätfolge der Kolonialisierung. Viele
639 Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in armgemachten Ländern des Globalen Südens
640 häufig auch ökonomischen Zwängen. Großmächte, militärische Bündnisse und internationale
641 Organisationen intervenieren in Bürgerkriege über fünfmal häufiger als noch vor 20 Jahren. Die
642 weiter andauernden Kriege in Jemen oder Syrien zeigen, wie Großmächte Konflikte zu
643 Menschheitsverbrechen unglaublichen Ausmaßes eskaliert haben, statt dezentrale und
644 selbstbestimmte Lösungen vor Ort zu ermöglichen. Die gegenwärtige militärische Globalisierung
645 wird vorangetrieben durch die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie in die ganze Welt. Sie
646 wird nicht nur in Kriegen deutlich, sondern ebenfalls in der militarisierten Abwehr Geflüchteter und
647 im Ausbau gewaltsamer Repression innerhalb von Staaten.

648 War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA und ihre Kriege
649 dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um neuen Einfluss
650 ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht ihren Weltmachtstatus mit allen wirtschaftlichen
651 und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten und die Konkurrenz mit China um Einflussphären
652 und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen. Die Konflikte
653 führen in eine globale Gefahrenlage lange nicht dagewesener Dringlichkeit: Die Aufrüstung
654 verschärft sich erneut drastisch, nachdem sie bereits seit der Jahrtausendwende andauert. Ein
655 Atomkrieg erscheint so realistisch, wie lange nicht mehr.

656 Die Macht der militärischen Globalisierung zeigt sich beim Klimaschutz: Als einziger Sektor ist das
657 Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal erwähnt. Dabei
658 sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig und U.S. Army,
659 Bundeswehr und Co. jeweils die staatlichen Institutionen mit dem größten CO²-Ausstoß. Militär

660 geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder
661 zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind
662 **auch** zur Lösung der Klimakrise nötig.

663 **4.2. Was will Attac?**

664 Attac setzt sich ein **für friedliche, demokratische, multilaterale Weltordnung**
665 **und zivile Konfliktlösung ein.** Wir wollen nicht nur die Finanzmärkte entwaffnen,
666 sondern auch die Kriegstreiber und Rüstungskonzerne. Die Globalisierung von Profit- und
667 Machtinteressen wird auch mit Waffengewalt auf Kosten der Menschen und der Umwelt
668 ausgetragen. Doch eine Welt **jenseits von Aufrüstung und Krieg ist möglich!**

669 **Sicherheit muss neu gedacht werden: Die Ressourcen, die für das Militär aufgewendet werden, sollten**
670 **genutzt werden für die Bekämpfung der Klimakri- se, und um ein gutes Leben für alle zu verwirklichen. Statt**
671 **Rüs- tung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit für alle, und vielfältige Kunst und Kultur.**

672

673 **4.3. Wie erreichen wir das?**

674 **Zivile Konfliktlösung**

675 Internationale Organisationen für gemeinsame Sicherheit müssen ausgebaut werden und präventiv
676 Konflikte verhindern. UNO, OSZE und andere Akteur*innen sollen gestärkt werden, um bei
677 Konflikten frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dies steht dem deutschen
678 Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist
679 Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert. **Kriegsbündnisse wie die**
680 **NATO sollten aufgelöst werden.** Die Militarisierung der Außenpolitik muss beendet und
681 stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.

682 **Globalisierung entmilitarisieren**

683 Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik wird
684 militärisch abgesichert und durchgesetzt. Durch unsere Globalisierungskritik stellen wir daher die
685 Grundlage von Kriegen in Frage. In der Zunahme an Konflikten erleben wir auch die Folgen der
686 neoliberalen Neuordnung der Welt. Der Mangel an Internationaler Zusammenarbeit und die
687 ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen tragen zu Konflikten, Krieg und
688 Terrorismus bei.

689 Wir sind solidarisch mit den Bewegungen, die gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung auf die
690 Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen – ob in der EU, den USA oder in
691 Russland, ob im Iran, in Syrien, in Myanmar, Äthiopien, Afghanistan, **Saudi-Arabien** oder in
692 Mexiko. Unser Protest gegen die militärische Globalisierung ist global-solidarisch –
693 **nationalistische** Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab. Die Beteiligung an Kriegen und
694 militärischer Gewalt legen wir offen und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das Recht auf
695 Selbstverteidigung erkennen wir dabei an.

696 **Globale Abrüstung**

697 In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein.
698 Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur
699 Rüstungskontrolle müssen ausgebaut werden, insbesondere unterstützen wir den
700 Atomwaffenverbotsvertrag. Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den
701 Angriffen der Türkei auf die kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen

702 beteiligt. Stattdessen braucht es eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion.
703 Die Aufrüstung Deutschlands wird unter dem Vorwand des Ukraine-Kriegs massiv vorangetrieben.
704 Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

705 **5. Soziale Sicherheit für alle**

706 Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen
707 und zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine
708 wesentliche Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des
709 gesellschaftlichen Reichtums ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen
710 Sicherungssysteme.

711 **5.1. Was ist das Problem?**

712 Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für
713 alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen
714 sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der
715 ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, *die immer größer wird.*

716 Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem
717 ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben den Einkommen
718 aus Erwerbsarbeit und Vermögen (z.B. eigener Betrieb, Vermietung ...) auch Einkommen aus
719 den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils aus Steuern und
720 teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie die Höhe der
721 Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn bei der
722 Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale
723 Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

724 Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte soziale Absicherungen erkämpft, die aber
725 -insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften- von antisozialen
726 Politiken- wieder zurückgedrängt und abgebaut wurden; so auch im Zuge der neoliberalen
727 Globalisierung. Sozialleistungen werden mit der Begründung abgebaut, dass sich dadurch die
728 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU im internationalen Konkurrenzkampf um die
729 Ansiedlung von Unternehmen verbessert und die Wettbewerbsposition der nationalen
730 Unternehmen international gestärkt werden.

731 Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem unterstellten
732 Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn eine lange,
733 meist männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde liegt.
734 Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut betroffen.
735 Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sind gänzlich von Zugang zum Sozialsystem
736 ausgeschlossen. Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege
737 wird heute immer noch in erster Linie auf FLINTA*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht
738 bezahlt.

739 **5.2. Was will Attac?**

740 Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert
741 sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Es ist ein
742 globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder
743 Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Menschen mit viel und
744 wenig oder keinem Einkommen, sowohl national wie auch global. Dies bedeutet, dass alle

745 Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier geboren oder eingewandert, egal
746 welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf soziale Sicherheit und
747 Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert
748 und entsprechend anerkannt und, wenn als Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

749 **5.3. Wie erreichen wir es?**

750 Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter
751 anderem Vermögen, Kapitaleinkommen und Erbschaften höher besteuert und Menschen, die
752 über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. Dadurch würde auch mehr Geld für die
753 sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme
754 schlägt Attac konkret vor:

755 **Solidarische Bürgerversicherung**

756 Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen
757 wir eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen
758 nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird - auch und
759 gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum
760 Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

761 Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf
762 europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme
763 lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

764 **Soziale Grundsicherung**

765 Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen
766 unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht
767 und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet.

768 **Radikale Arbeitsumverteilung**

769 Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale
770 Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere
771 Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne
772 Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch
773 der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.

774 **Solidarische Städte**

775 Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die
776 Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum
777 Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den
778 kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

779 **6. Flucht/Migration**

780 Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein
781 völkerrechtlich geschütztes Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.

782 **6.1. Was ist das Problem?**

783 Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame
784 Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, keine Perspektiven, die
785 immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale

786 Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen.
787 Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf Moria ohne Unterkunft,
788 Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische
789 Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist:innen – ein Hauptakteur bei
790 unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze.
791 Hunderttausende Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier
792 wohnen und arbeiten. Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen
793 politisch, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen
794 Minderheit verfolgt werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden
795 von deutschen Politiker:innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von
796 rechts instrumentalisiert und Grenzregime werden gegen den Widerstand der Zivilgesellschaft
797 installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil
798 behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite
799 ausgleichen.

800 Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat
801 jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird
802 über Grenzschließungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass
803 sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

804 Doch die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-
805 Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie z.B. Wasser) zeigen ihre Wirkung in
806 jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in
807 Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen. Kapitalismus, Klimakrise und
808 Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit Kohleenergie Profit
809 erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der Klimaerwärmung, die wiederum
810 Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Es gibt fließende
811 Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen und Flucht und
812 Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch Waffenexporte
813 ausgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

814 Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Folgen
815 des Klimawandels, Krieg etc. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs die imperiale
816 Lebensweise der Industrieländer im Globalen Norden vielfach ausgeblendet, die auf der
817 Externalisierung ihrer sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den
818 Auswirkungen der Klimakrise, die maßgeblich von Ländern des Globalen Nordens vorangetrieben
819 wird, deren Auswirkungen aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden
820 zerstört und zwingen zunehmend zur Klimaflucht. Auch europäische Handelspolitiken
821 manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer Abhängigkeiten und verschärfen Elend und
822 Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft besonders betroffen, werden aufgrund ihres
823 Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht besonderen Gefahren ausgesetzt. Den
824 Fachkräftemangel im Globalen Norden durch das Abwerben von migrantischen Fachkräften
825 auszugleichen, ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert nur die Probleme in den Globalen Süden
826 aus.

827 **6.1. Was will Attac?**

828 Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die
829 Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder
830 Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und

831 verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern
832 im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen
833 (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus.

834 **6.3. Wie erreichen wir das?**

835 Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir globale Bewegungsfreiheit:
836 Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige
837 Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, "Urban
838 Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der
839 Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind ein
840 Waffenexportstopp, die Änderung des Asylrechts und die Anerkennung spezifischer Fluchtgründe
841 wie die Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder als Kriegsverweiger:in.

842 **7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.**

843 Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen
844 und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für
845 menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die Länder im Globalen Norden die
846 Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der Länder des Südens. Deshalb ist
847 Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.

848 **7.1. Was ist das Problem?**

849 Die Entwicklung des Kapitalismus geht von Beginn einher mit der Zerstörung der Natur, der
850 Übernutzung natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt für die
851 westlichen Länder ebenso wie für die ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die
852 Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und
853 weltweit ausgedehnt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr
854 bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar. Das
855 auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die planetaren
856 Grenzen und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig.

857 Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“
858 von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht
859 grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und
860 kann nicht in sie integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche
861 Regeln, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, die private
862 Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen.

863 **7.2. Was will Attac?**

864 Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation (SÖT). Dabei ist
865 Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein. Denn Menschen mit geringem Einkommen vor allem in
866 den Ländern des Globalen Südens tragen am wenigsten zur Naturzerstörung und der drohenden
867 Klimakatastrophe bei. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.

868 Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf
869 nicht weiter auf Wachstum angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft
870 umzubauen. Konzepte industrialisierter Landwirtschaft sind im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit
871 und dem Problem, die mit der Externalisierung einhergehen, zu hinterfragen.

872 Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum
873 der Wirtschaft stehen.

874 **7.3. Wie erreichen wir das?**

875 ***Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik***

876 Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen
877 Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates
878 insgesamt.

879 ***Anders wirtschaften und konsumieren***

880 **Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen vor allem**

881 **Bezieher*innen hoher Einkommen und Eigentümer*innen großer**
882 **Vermögen ihren Konsum reduzieren, um allen ein gutes Leben zu**
883 **ermöglichen.**

884 Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die
885 Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich
886 anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür
887 produziert werden soll.

888 Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und
889 vor allem reparierbar sein.

890 Die Herstellung unnützer Produkte wie etwa Rüstungsgüter muss **eingestellt** werden. In der
891 Nahrungsmittelproduktion ist eine **bedürfnisorientierte**, ökologische Landwirtschaft ohne
892 weitere Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

893 ***Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.***

894 Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die Energieerzeugung zu 100 Prozent
895 erneuerbar sein. Zudem darf die Energiewende im Globalen Norden nicht auf Kosten der Menschen
896 im Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung mit all ihren negativen Folgen muss gestoppt
897 werden.

898 Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und
899 Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine
900 Ware sein. Der Grundbedarf an Energie muss für alle leistbar zur Verfügung gestellt werden. Die
901 Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

902 ***Klimafreundliche Mobilität für alle***

903 Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge an
904 vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.

905 Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der
906 Klimaerwärmung. Der Flugverkehr muss z.B. deutlich reduziert werden, indem hierzulande etwa
907 Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, untersagt werden.

908 Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und
909 naturschonende Mobilität, die auf Fuß-, Rad- und barrierefreie öffentliche Verkehre setzt statt auf
910 Autos und für alle bezahlbar ist.

911 **8. Demokratie**

912 Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und
913 Grundrechte, ist damit aber in seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die utopischen
914 Versprechen einer per Definition geltenden „Volksherrschaft“, in der es Mitbestimmung, Gleichheit
915 und Transparenz gibt, in Gesellschaftsstrukturen direkt und umfassend realisiert werden können,
916 bleibt Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Dieser Auseinandersetzung muss sich jede
917 Gesellschaft laufend stellen. Um dies zu können, bedarf es einer umfassenden politischen Bildung.
918 Politische Bildung ist deshalb ein **zentrales Anliegen** von Attac.

919 **8.1. Was ist das Problem?**

920 Echte Demokratie sollte mehr sein als eine reine Herrschaftslegitimation alle paar Jahre in einem
921 parlamentarischen System, **in dem** Handlungszwänge, wie durch Vorgaben eines „ausgewogenen
922 Wirtschaftswachstums“ in einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Artikel 2 Absatz 3
923 EU-Vertrag), mit demokratischen Idealen kollidieren. Darüber hinaus gibt es Länder, in denen nicht
924 einmal Mindeststandards einer Demokratie umgesetzt sind.

925 Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche
926 Menschen durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln bzw. ihr ökonomisches Kapital einen
927 unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, insbesondere gegenüber
928 Entscheidungsträgern in Parteien und Parlamenten, kann das nicht im Sinne von Demokratie sein.
929 Vielmehr müssen Systeme als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn
930 wesentliche Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind.

931 Wenn Freihandelsverträge ~~unter dem Regime der WTO~~ über ihre Liberalisierungs- und
932 Regulierungsverpflichtungen im Sinne großer Konzerne in Staaten hineinregieren, oder noch
933 schlimmer, die EU-Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, den
934 Parlamenten übergeordnete Entscheidungsebenen, einzuführen, stehen Werte wie Demokratie nur
935 auf dem Papier.

936 Wachsender Autoritarismus, Rechtspopulismus, Überwachung, rechtsextreme Netzwerke,
937 Meinungsmanipulation in Sozialen und etablierten Medien sowie die Ausbreitung "alternativer
938 Fakten" (Lügen), weil Einigkeit über Realität bröckelt, sind Alarmzeichen dafür, dass
939 demokratische Strukturen nicht nur nicht vollständig realisiert sind, sondern, sofern vorhanden,
940 gezielt zum Abschuss freigegeben werden sollen. In die Bresche springen Politiker:innen der
941 extremen Rechten, die sich als die 'wahre Stimme des Volkes' inszenieren, aber zugleich
942 demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen verächtlich machen und missbrauchen.
943 Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft gegenüber Rechtsextremismus sein und verteidigt werden
944 muss. Daneben gibt es viele Länder, in denen es keine allgemeinen, freien und gleichen Wahlen gibt
945 und politische Opposition nicht zugelassen wird. Hier fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine
946 Demokratie.

947 Gelebte Demokratie kann nie idealtypisch umgesetzt werden und erfordert permanente
948 Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur um den Abbau von Demokratie
949 zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen! Grundrechte und die globalen
950 Menschenrechte müssen als integraler Bestandteil von Demokratie verteidigt werden und für
951 Länder, in denen sie fehlen, gefordert werden. Demokratie ist ein ständiger Prozess, und der Wille,
952 sie **mitzugestalten**, die Aufgabe von uns allen! Gleichzeitig ist klar, dass nicht alle den
953 gleichen Zugang zu demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten haben. Dabei stellt sich die Frage,

954 wer tatsächlich mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, Eigentumsfragen und Bildung
955 spielen.

956 **8.2. Was will Attac?**

957 Eine umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen,
958 ist elementar. Dazu bedarf es mehr direkte Demokratie und demokratischer

959 Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen, wobei Hemmschwellen für die Beteiligung abgebaut
960 werden müssen. Eigentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine
961 Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen
962 insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden.

963 Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen.
964 Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen. **Unser** Ziel muss
965 es sein, die Demokratie zu verteidigen und auszuweiten!

966 **8.3. Wie erreichen wir das?**

967 Instrumente wie Bürger:innen-Entscheide weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für
968 alle sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.

969 Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die
970 Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist:
971 Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale
972 Bewegungen ein Einfallstor sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und
973 glaubwürdig die Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

974 Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“- Kampagne zeigen mit
975 Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite
976 Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. Der Schwerpunkt von
977 Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im
978 Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. sind nicht im Interesse der breiten
979 Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden,
980 um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben.

981 Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue
982 Konzepte der Vergesellschaftung!

983 **9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus**

984 Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre
985 Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle
986 Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres
987 Geschlechts Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*s. Eine
988 andere Welt verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei
989 Attac ein wichtiges Thema.

990 **9.1. Was ist das Problem?**

991 Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale,
992 geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter
993 anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die
994 unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene

995 professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese
996 gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in
997 anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer, und arbeiten häufiger in
998 untergeordneten Positionen.

999 Da FLINTA*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller
1000 Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa
1001 aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.

1002 Weltweit sind FLINTA*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung
1003 besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen
1004 Lieferketten ...). Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen Prozess
1005 jedoch oft nicht gehört.

1006 Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil
1007 unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s wird immer
1008 wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden, **also der**
1009 **Ermordung von weiblich gelesenen Personen**, als heftigste Form patriarchaler
1010 Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle Belästigung eine Form von Gewalt, bei der es auch um
1011 die Demonstration von Macht geht.

1012 Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen
1013 Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die
1014 Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird – insbesondere in rechten Kreisen – oft das Ziel
1015 verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen.“

1016 **9.2. Was will Attac?**

1017 FLINTA*s sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Wir
1018 streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen, soziale und
1019 finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in dem alle
1020 Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen
1021 teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen – weltweit!

1022 Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der
1023 keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, um Profite zu steigern und
1024 Herrschaft abzusichern.

1025 **9.3. Wie erreichen wir das?**

1026 Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische
1027 Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende
1028 sozial-ökologische Transformation.

1029 Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen
1030 von FLINTA*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle
1031 Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die
1032 Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, z.B. durch geringere Gruppengrößen
1033 und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.

1034 Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um
1035 sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s durchzusetzen. Attac engagiert sich z.B. für die
1036 Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und

1037 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die
1038 Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein neues Selbstbestimmungsgesetz, das das
1039 diskriminierende „Transsexuellengesetz“ ablöst.

1040 **Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit muss gleichberechtigt auf alle**
1041 **Geschlechter aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine**
1042 **radikale Arbeitszeitverkürzung - jede Person sollte Zeit für Care-**
1043 **Arbeit haben - und eine erhebliche Aufstockung der Beschäftigten im**
1044 **Sozial- und Gesundheitsbereich.**

1045 Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter
1046 Diskriminierung. Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem
1047 Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht
1048 trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse
1049 von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien
1050 für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des
1051 Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale sehr zunutze. Es gibt jedoch auch
1052 immer mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA*s für Gleichberechtigung kämpfen.

1053 In Attac achten wir darauf, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden
1054 (z.B. durch Quotierung und Awareness-Strukturen). Das FLINTA*Plenum bietet die Möglichkeit
1055 zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter anderem von den
1056 feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen durch eine
1057 befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide, Gewalt und für
1058 eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.

1059

1060 **Epilog**

1061 **Eine andere Welt ist nötig und möglich**

1062 Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer
1063 Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die
1064 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen
1065 Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun
1066 Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

1067

1068 Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure z.B. mit
1069 Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der Zivilgesellschaft
1070 beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten durchgesetzt haben.
1071 Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der Globalisierung geführt.
1072 Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und internationale Institutionen und
1073 Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der Menschen deutlich zu stärken und
1074 Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die Anhäufung unverschämter hoher
1075 Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess hat es auch ermöglicht, die
1076 Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische Transformation ist weit
1077 fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert, dass der Kolonialismus

1078 als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs- und Aufenthaltsrecht.
1079 Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht für alle Geschlechter
1080 verwirklicht.

1081 Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen
1082 Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein
1083 Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die
1084 Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern
1085 und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit,
1086 Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale
1087 Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte
1088 Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer*innen bestimmen sie darüber, welche Güter
1089 hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in
1090 erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum
1091 ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung
1092 schädlicher und unnützer Produkte.

1093 Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren,
1094 wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies
1095 ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder des globalen Südens.

1096 Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind
1097 vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

1098 Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen
1099 Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die
1100 Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit
1101 und erleichtert die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

1102 Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen
1103 finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen
1104 verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler
1105 und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die
1106 Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an
1107 Bedeutung verloren und verschwindet zusehends.

1108 Gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem
1109 Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig
1110 anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die
1111 Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

1112 Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse, haben die
1113 neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen
1114 Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst
1115 nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weitere
1116 Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere
1117 Naturzerstörung gestoppt.

1118 Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche
1119 Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien

- 1120 demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch
1121 durchgesetzt.
- 1122 Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!
1123
- 1124 *FLINTA* ist eine Abkürzung und steht für F rauen, L esben, i ntergeschlechtliche, n ichtbinäre, t rans und a gender
1125 Personen. Das angehängte Sternchen dient dabei als Platzhalter, um alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten
1126 einzubeziehen.